

Radgenossenschaft der Landstrasse
Hermetschloostrasse 73
8048 Zürich

Protokoll der Generalversammlung 2016

Samstag, 5. März 2016, 10.00 Uhr
im Restaurant „Farbhof“ (Badenerstrasse 753, 8048 Zürich)

Traktanden

1. Begrüssung

Sitzungsleitung Daniel Huber, Präsident der Radgenossenschaft

Der Sitzungsleiter begrüsst die Teilnehmenden und namentlich:

- Evangelische Zigeunermission, May Bittel
- Naschet Jenische, Uschi Waser
- Komitee Sinti Bern, Elias Bader
- Schäft qwant, Venanz Nobel
- Verband Sinti und Roma VSRS, Andreas Geringer
- Thomas Huonker, Historiker

Entschuldigt hat sich:

- Albert Barras, Präsident von Jenisch-Manisch-Sinti

Unentschuldigt:

- Fino Winter

Im weiteren begrüsst er:

Urs Glaus, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende

Entschuldigt hat sich Fiona Wigger, Bundesamt für Kultur, wegen familiärer Verpflichtungen.

Der Präsident stellt fest:

Es ist frühzeitig eingeladen worden, die Unterlagen sind rechtzeitig aufgelegt und wichtige Unterlagen auf der Homepage der Radgenossenschaft publiziert worden.

Stimmberechtigt sind gemäss Gesetz alle Genossenschaftsmitglieder, die einbezahlt haben und die von der Verwaltung bestätigt worden sind. Jedes

Mitglied hat eine Stimme.

Der Traktandenliste wird einstimmig zugestimmt.

2. Wahl der Stimmenzähler

Gewählt wird mit Handerheben: Pascal Gottier

3) Protokoll der ordentlichen Generalversammlung 2015

Zum Protokoll wird keine Diskussion verlangt; es ist stillschweigend genehmigt.

4) Jahresbericht und Berichte der Organisationen

Daniel Huber verliest den Jahresbericht. Dieser wird auch auf der Homepage aufgeschaltet werden.

Anschliessende ergreifen verschiedene Organisationsvertreter das Wort.
May Bittel, Evangelische Zigeunermission: Es fehlt an Plätzen, die Situation wird immer schlimmer.

Ich möchte von der Situation auf dem Platz Versoix berichten. Er wurde gegründet für Fahrende und für Schausteller. Aber er wird bewirtschaftet wie ein Parkplatz. Die Reisenden können ihn nicht mieten, sie haben kein Recht zu bleiben und müssen, sobald eine Schwierigkeit auftritt, den Platz verlassen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das die Reisenden in der ganzen Schweiz betrifft. Wenn die Rechte in Genf beschnitten werden, werden bald die Rechte der Fahrenden auch anderswo beschnitten.

Wir führen nun einen Prozess bis zum Bundesgericht und werden danach an den Gerichtshof für Menschenrechte gelangen. Für Flüchtlinge hat es Plätze, für Fahrende nicht.

Andreas Geringer, Verband Sinti und Roma VSRS: In Basel haben wir einen Vorstoss gemacht für einen Platz. Wir haben jetzt erreicht, dass ein Provisorium während 18 Monaten realisiert wird. Ab 2017 soll ein Platz für 40 Einheiten realisiert sein.

Uschi Waser, Naschet Jenische: Wir leisten soziale Beratung für Leute, die oft via Radgenossenschaft zu uns kommen.

Venanz Nobel, Verein Schäft qwant: Es ist wichtig, auf europäischer Ebene vorwärts zu gehen. Ein Grundrecht, nämlich das Mietrecht, wird den Reisenden

in Versoix vorenthalten. Dieses Grundrecht muss man bis nach Strassburg durchsetzen.

Urs Glaus, Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende: Die Fahrenden müssen bestimmen, wie ihr Lebensraum gestaltet wird. Ihr müsst die Vorgaben geben und auch eure Rechte einfordern. Es geht auch um die Gestaltung alltäglicher Dinge, von der Abschränkung bis zum Preis.

Der Kanton Zürich macht gut vorwärts. In Gossau St. Gallen ist ein Platz abgelehnt worden. Unter anderem mit dem Hinweis auf Starkstromleitungen, die für die Fahrenden unzumutbar seien. Aber langsam realisiert man, dass es so nicht geht.

Was die Stiftungsorganisation betrifft, hat die Stiftung entschieden, die Parität zwischen Fahrenden und Sesshaften zu realisieren. Noch steht die Zustimmung des Bundes zur Änderung der Stiftungsurkunde aus.

Und noch eine persönliche Mitteilung. Ich will 2016 als Geschäftsführer zurücktreten, aber noch mithelfen, dass der Übergang zu einem Nachfolger harmonisch abläuft.

Diskussion: Willi Wottreng, Geschäftsführer, kritisiert, dass die Stiftung die Radgenossenschaft trotz Aufforderung nicht unterstützt beim Kampf gegen das Solothurner Platzprojekt Flumenthal, das nicht menschenwürdig ist. Es geht auch hier um einen grundsätzlichen Kampf um die Qualität von Plätzen.

Weitere Diskutanten:

- 35 000 Jenische werden mit lächerlichen 250 000 Franken unterstützt; 40 000 Flüchtlinge mit 1,4 Milliarden Franken. Ist das gleiches Recht für alle? Es braucht einen Anschluss an eine politische Partei.

Präsident: Oder eine Partei für die Jenischen.

- Die Plätze sind oft schon 6 bis 12 Monate vorher reserviert.

5) Jahresrechnung, Bericht der Revisionsstelle, Entlastung der Verwaltung

Der Geschäftsführer legt die Bilanz und Erfolgsrechnung. Sie schliesst mit einer schwarzen Null. Dies weil bis aufs Zahnfleisch gespart worden ist. Aber wir wollen nun die Administration wieder etwas ausbauen, um notwendige Arbeiten erledigen zu können.

Der Bericht der Kontrollstelle wird verlesen; sie hat keinerlei Beanstandungen.

Abstimmung: Bilanz- und Erfolgsrechnung werden einstimmig gutgeheissen.

Abstimmung: Die Verwaltung wird einstimmig entlastet.

6) Jahresprogramm und Strategie

- Petition: Die Petition wird diesen Frühling eingereicht, um Druck zu erzielen. Aus der Versammlung wird gewünscht, dass der Termin dann bekanntgemacht wird, damit alle, die wollen, bei der Übergabe in Bern dabei sein können.

- Campingplatz Rania: Die Radgenossenschaft wird den Platz mieten, wenn die Sicherheiten da sind. Die Stiftung garantiert ein Defizit von jährlich 20 000.- während 10 Jahren. Der Kanton Graubünden ist für eine grundsätzliche Garantie angefragt worden; seine Stellungnahme steht noch aus. Es gibt keine Einwände dagegen.

- Sprachschulung für Jenische: Der Präsident orientiert, dass in den Räumen der Radgenossenschaft jenische Kinder von Jenischen Sprachnachmittage veranstaltet werden, an denen sie Wörter lernen. Es wird diskutiert, ob die Sprache geheim sei, wenn sie im Internet ausgebreitet ist. Der Präsident betont, dass das geplante Projekt nur die Sprachschulung von Jenischen für Jenische ist.

7) Budget und Subventionen BAK

Das Budget wird vorgelegt: Es ist den Subventionen angepasst. Die Administration wird etwas ausgeweitet. Es zielt darauf ab, weder Gewinn noch Verlust zu machen. Über das Budget muss nicht abgestimmt werden.

8) Statutenänderung (Zweckartikel, Beirat, Abläufe)

Die Statutenänderung ist nötig, weil die Statuten zum Teil äusserst detailliert sind – etwa bei den Pflichten der Verwaltungsräte -, und andererseits wieder sehr ungenau. Der Geschäftsführer erklärt, dass die vorgeschlagenen Statutenänderungen das tatsächliche Funktionieren der Radgenossenschaft festhalten. Die Vorschläge sind im Verwaltungsrat diskutiert und gutgeheissen worden. Die Statutenänderungen sind aufgelegt. Der Geschäftsführer nennt noch einmal die Hauptpunkte: Zweckartikel mit dem Ziel der Anerkennung von Jenischen, Sinti und Roma. Detailziele. Regelung des Stimmrechts. Rolle des Präsidenten. Möglichkeit zur Schaffung eines Beirates.

Abstimmung: Die Statuten werden einstimmig gutgeheissen.

9) Stand- und Durchgangsplätze, Lebensraum

Die Diskussion über aktuelle Fragen hat teilweise schon bei vorhergehenden Traktandenpunkten stattgefunden. Teilweise wird sie an den Schluss verlegt, um die weiteren Traktanden nicht zu gefährden.

10) Wahl der Verwaltungsräte und der Kontrollstelle

Abstimmung: Als Kontrollstelle wird einstimmig wieder gewählt:

K-VIS GmbH

Treuhandgesellschaft Treuhandbüro, Steuerberatung, Unternehmensberatung
Dättwil/AG

Der Verwaltungsrat verdankt die zurücktretenden Verwaltungsratsmitglieder:

- Ronald Gruber
- Joshua Kappeler
- Fäno Birchler (Jean Battiste Birchler)

Der Präsident legt die Versammlung die Frage vor, ob wie bisher durch Handaufheben gewählt werden soll, oder ob schriftlich und geheim gewählt werden soll. Stimmrechtszettel und Zettel mit den bestehenden Wahlvorschlägen sind vorbereitet.

Abstimmung: Die grosse Mehrheit ist für Beibehalten der offenen Abstimmung.

Der Präsident ist 2015 für vier Jahre gewählt worden und muss nicht gewählt werden.

In offener Abstimmung gewählt werden:

Bisherige:

- Pascal Gottier, einstimmig
- Iris Graf, einstimmig
- Hans Gemperle, einstimmig
- Elias Bader, 1 Gegenstimme

Neu:

- Willi Gruber

Nicht gewählt: Fino Winter

11) Kurzberichte und Diverses

- Feckerchilbi 2016

Daniel Huber orientiert über die Planung einer Fecker-Chilbi 2016 in Bern. Die Bewegung hat auf der Homepage die Radgenossenschaft und ihre Vertreter namentlich angegriffen, weil Bern für die Veranstaltung einen Betrag von Fr. 70 000.- gesprochen hat, zudem wird der Platz voraussichtlich gratis zur Verfügung gestellt.

Es findet eine Grundsatzdiskussion statt. Resultat ist der Beschluss, die Dokumente der sogenannten Grauholz-Vereinbarung auf den Homepages oder Facebook-Seiten aller anwesenden Organisationen zu veröffentlichen, dies mit folgender Erklärung:

„Am 6. Januar 2016 wurde im Grauholz von Organisationen der Jenischen, Sinti und Roma beschlossen, dass keine öffentlichen Angriffe auf Facebook oder Internet gegen Organisationen oder Personen mehr erfolgen dürfen. Es kann intern gestritten und diskutiert werden, aber nicht nach aussen. Die Vereinbarung wurde mit Handschlag und Unterschrift bestätigt. Die Bewegung Schweizer Reisende hat sich nicht an diese Vereinbarung gehalten, die sie unterschrieben hat. Wir verurteilen das solidarisch. Verabredungen haben in der Tradition der Jenischen, Sinti und Roma klar Geltung, es darf keinen Wortbruch geben. Die beteiligten Organisationen veröffentlichen hier nach gemeinsamem Beschluss das Protokoll der Grauholz-Sitzung.“

Abstimmung: Dieser Beschluss wird einstimmig verabschiedet mit ausdrücklicher Zustimmung von

- Evangelische Zigeunermission
- Verein Schäft qwant
- Cooperation jenische Kultur
- Naschet Jenische
- Verband Sinti und Roma VSRS

- May Bittel fragt, wie die Radgenossenschaft den Kampf betreffend Versoix unterstützen wird, es gehe nicht einfach um finanzielle Unterstützung.

Die Radgenossenschaft erklärt, dass sie den Kampf gern unterstützt. Er wird zu einer Besprechung eingeladen, in der geklärt wird, wie die Radgenossenschaft das tun kann.

- Iris Graf stellt fest, dass die Benutzungsprobleme auf dem Durchgangsplatz in Würenlos weiterhin bestehen. Es soll durchgesetzt werden, dass die Nutzer den Platz nach vier Wochen verlassen. Dasselbe in Ibach Luzern.

Punkte aus der weiteren Diskussion: In Zofingen wird für jede Leistung mehr Geld verlangt. Winterthur ist stets vorreserviert und besetzt. Kaiseraugst ist nicht wintertauglich. AHV-Rentner bezahlen generell zu viel.

Grundsätzlich sollen die Plätze wintertauglich gemacht werden, damit die schwierige Situation mit den fehlenden Wohnmöglichkeiten etwas kompensiert werden kann.

*

Der Geschäftsführer bedankt sich bei Daniel Huber für seine Arbeit. Er ist ein guter Präsident mit politischem Instinkt, 24 Stunden im Tag auf Achse. Und er hat es ausgehalten, dass er dafür angegriffen und in den Dreck gezogen worden ist. Er wird gestärkt aus allem hervorgehen, wenn die Versammelten ihn weiter unterstützen.

Schluss der Versammlung: 12.30 Uhr

*Für das Protokoll, Zürich, 9. März 2015
Willi Wottreng / Mitwirkung Denise Merz*

Der Präsident, Daniel Huber

Der Geschäftsführer, Willi Wottreng